



Landes-SGK EXTRA

Brandenburg

07/08 | 2020

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Brandenburg e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde sozialdemokratischer Kommunalpolitik,

nun ist die schönste Zeit des Jahres – nämlich die Urlaubszeit – auch schon wieder weitestgehend Geschichte. Und wie so Vieles in diesem Jahr 2020 verliefen die Tage des Sommers für die meisten von uns ganz anders als geplant, für einige sogar anders als je zuvor erlebt. Ferien, wenn nicht sogar im eigenen Garten, dann doch zumeist im eigenen Land war das Motto in diesem Jahr. Flugreisen um die halbe Welt waren plötzlich passé – ganz ohne Klimawandel und Flugscham. Das hat nicht allen gefallen. Andere wiederum haben die durchaus vorhandenen Reize so mancher deutschen Region kennen- und vielleicht sogar lieben gelernt; mitunter konnte auch manche Liebe neu entfacht werden, zum Beispiel, wenn es in die lange nicht mehr besuchten Urlaubsziele aus Kindertagen – sei es an die Ostsee oder in den Bayerischen Wald – ging.

Normalerweise sagt man am Ende der Ferienzeit, es gehe zurück in den Alltag – aber was ist in diesem Jahr schon alltäglich?

Zumindest das kommunale Leben nimmt wieder Fahrt auf und die Gremienarbeit geht weiter. Vielleicht nicht immer am gewohnten Ort, denn die neue AHA-Regel, also Abstand – Hygiene – Abdeckung für Mund und Nase, lässt sich nicht in jedem Sitzungssaal gewährleisten. Aber wenn wir Kommunalen eines sind, dann sind wir erfinderisch.

Erfinderisch sind mitunter auch die Verantwortlichen in den Ministerien. Nachdem in relativ kurzer Zeit die Notwendigkeit eines kommunalen Rettungsschirms erkannt worden war, nimmt die Klärung der Frage, nach welchem Schlüssel das bereitgestellte Geld nun an die Städte, Gemeinden und die Land-



Christian Großmann

Foto: SGK Brandenburg

kreise verteilt werden soll, schon deutlich mehr Zeit in Anspruch.

War die Frage der Verteilung der Mittel des pauschalen Mehrbelastungsausgleichs noch bis Mitte Juli zu klären – hier erfolgte für den kreisangehörigen Bereich die Zuweisung als Kopfpauschale von 11,84 Euro je Einwohner/in – erfordert die Ermittlung der Steuermindereinnahmen – gerade bei der Gewerbesteuer – schon mehr Phantasie. Dass vielerorts eine finanzielle Unterstützung wirklich notwendig ist, war ja bereits aus den Monatsberichten des Bundesfinanzministeriums zu erahnen. So sind beispielsweise die Einnahmen aus der Lohnsteuer – an dieser sind die Gemeinden mit rund 15 Prozent beteiligt – im Mai 2020 um 10,3 Prozent gegenüber dem Betrag des gleichen Vorjahres-

monats gesunken. Die Umsatzsteuereinnahmen brachen im gleichen Zeitraum gar um 21 Prozent ein. Während die Umsatzsteuer für die kommunale Ebene aufgrund des geringen Anteils von nur rund 2,2 Prozent nicht ganz so bedeutend ist, stellen die Einkommenssteuer-/Lohnsteueranteile für viele, auch gerade kleinere Gemeinden und Städte ohne nennenswertes Gewerbe, eine wichtige Quelle zur Finanzierung ihrer Aufgaben dar. Diese Mindereinnahmen haben sich mit der Abrechnung des kommunalen Anteils durch das Land für das 2. Quartal auch so bestätigt und sind mittlerweile in den Stadt- und Gemeindekassen angekommen.

Umso wichtiger ist es daher, dass das Land die Modalitäten für die im Rettungsschirm zugesagten Kom-

Inhalt

Strategien der „Neuen Rechten“ – Kontern leicht gemacht

Die Klimakrise ist nicht verschwunden

Die DEMO wird jetzt auch digital!

pensationen zumindest für 2020 abschließend festlegt und die Mittel tatsächlich auszahlt.

Zum Schluss möchte ich noch für alle Freundinnen und Freunde der Rubrik Trivia/unnützes Wissen auf drei Zahlen hinweisen, die mir in besagtem Monatsbericht aufgefallen sind. Frage: Welche Steuerarten hatten die stärksten Einnahmerückgänge zu verzeichnen? Gut, auf die Luftverkehrsteuer (-96,6 Prozent) hätte man noch selber kommen können; aber der Platz 2 ist schon überraschender: mit -60,6 Prozent geht die Silbermedaille an die Biersteuer! Im Übrigen gibt es eine Abgabenart, deren Erträge im Mai 2020 um 39,2 Prozent gestiegen sind: die Erbschaftsteuer ... auch das ist Corona.

Ihr

Christian Großmann
SGK-Vorsitzender

Strategien der „Neuen Rechten“ – Kontern leicht gemacht

Einstufung des Landesverbands der AfD Brandenburg als Verdachtsfall

Autorin Inka Gossmann-Reetz, Mitglied des Landtages Brandenburg und Mitglied im Vorstand der SGK Brandenburg e. V.

Inka Gossmann-Reetz ist seit 2014 Mitglied des Landtages, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, innenpolitische Sprecherin und Sprecherin für den Themenbereich „Bekämpfung Rechtsextremismus“ der SPD-Fraktion sowie Mitglied im Ausschuss für Inneres und Kommunales und Vorsitzende der Parlamentarischen Kontrollkommission. Daneben ist sie SPD-Vorsitzende in Hohen Neuendorf, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Hohen Neuendorf und Beisitzerin im Landesvorstand der SPD Brandenburg.

In Brandenburg und in Thüringen lagen den zuständigen Verfassungsschützern genügend Beweise vor, um die dortigen Landesverbände der AfD als sogenannte Verdachtsfälle einzustufen. Das bedeutet, dass sie als eine ernsthafte Bedrohung für die verfassungsmäßige Ordnung unseres Landes anzusehen sind. Die Einstufung der AfD Brandenburg war eine logische und zwingende

Schlussfolgerung, die es dem Verfassungsschutz nun auch erlaubt, die AfD mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu beobachten. Damit soll der Verdachtsfall, dass es sich beim Landesverband um eine extremistische Bestrebung gegen die Verfassung handelt, geprüft werden.

Diese Einstufung ist ein Weckruf an die Gesellschaft, sich die Aktivitäten dieser Partei und ihrer verbündeten Organisationen genau anzuschauen: Die AfD in Brandenburg und in Thüringen ist Teil einer größeren Bewegung, der sogenannten „Neuen Rechten“. Im Gegensatz zu NPD, DVU oder der Neonazi-Szene in den 90er Jahren arbeiten diese Akteure intensiv und erfolgreich zusammen: Es gibt personelle und organisatorische Überschneidungen, die Akteure tauschen sich regelmäßig aus, sie professionalisieren die Kommunikation nach außen und haben durch die Wahlerfolge Zugriff auf Mittel der staatlichen Parteienfinanzierung und

auf die Personal- und Sachmittel, die gewählten Abgeordneten zustehen.

Die Absicht dahinter ist von den Akteuren selbst öffentlich ganz klar benannt worden. 2017 erklärte der neurechte Verschwörer Elsässer: „Fünf Finger kann man immer brechen, aber zusammen sind sie eine Faust.“ Als Beispiele für die Finger nannte er Pegida, IB, AfD, 1-Prozent und Compact. Der Sinn dieser martialischen Sprache erschließt sich für die Akteure dieser Vereinigungen sofort: Die Faust als Symbol für den Kampf gegen den ihnen verhassten Staat und die von ihnen abgelehnte freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Gegenseitige Rückendeckung

Neu ist dabei die Arbeitsteilung: Während der harte Kern der Neuen Rechten intern ganz klar rechtsextremistisch auftritt, fressen die Akteure nach außen Kreide. Finden die rechtsextremen Äußerungen

den Weg nach außen oder werden als rechtsextremistisch benannt, so werden die Äußerungen öffentlich als „Ausrutscher“ bezeichnet oder mit Hinweis auf irgendein anderes Thema beschönigt bzw. die nächste Empörungswelle gestartet. Im Gegensatz zu früheren ideologischen Kämpfen zwischen rechtsextremen Vereinigungen halten sich die Akteure heute gegenseitig den Rücken frei, suchen dabei gleichzeitig den Anschluss zu weniger radikalen Bewegungen, an die sie bei emotional aufrüttelnden Themen anknüpfen wollen.

Brandenburger AfD-Vertreter halten dabei enge Kontakte zu Vereinen, die sich selbst beschönigend als „patriotische Bürgerbewegung“ bezeichnen: Organisationen wie „Zukunft Heimat“, ProMitsprache, „Die Mühle Cottbus“, „Sezession“ und neurechte Blogger. Die AfD

Lesen Sie weiter auf Seite IV

Anzeige

DEMO
VORWÄRTS-KOMMUNAL
■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

JETZT
AUF FACEBOOK
BESUCHEN!
[www.facebook.com/
demo.online](http://www.facebook.com/demo.online)

Gefällt mir



KOMMUNAL, SOZIAL, DEMOKRATISCH

DER DEMO-NEWSLETTER!

EINFACH ABONNIEREN

Auf www.demo-online.de/newsletter
Ihre E-Mail-Adresse sowie Vor- und
Nachnamen eingeben und bestellen.

Erscheint 1x im Monat.
Kostenlos und aktuell.

Weiter von Seite II

Brandenburg ist personell so eng mit diesen Organisationen verflochten, dass eine interne Abgrenzung nach rechts unmöglich erscheint – und sie ist auch offensichtlich nicht erwünscht. Das sich ergebende Bild entspricht der Absicht der neurechten Verschwörer: Den rechtsradikalen Kern verschleiern, emotionale Empörung über vermeintliche Missstände schüren und radikale Kräfte in der AfD unterstützen, um über die AfD Gestaltungsmacht in den Parlamenten zu erlangen.

Darum müssen wir uns ganz klar darüber sein, wie die Propaganda dieser Akteure funktioniert, welche Zermürbungsstrategien sie anwenden und wie wir uns dagegen erfolgreich zur Wehr setzen können.

Unsere Verfassung billigt Parteien eine privilegierte Rolle bei der politischen Meinungsbildung zu. Im

Anschluss soll es einen Wettbewerb zwischen den Parteien um die besten Lösungen für gesellschaftliche Fragen geben, über den die Wähler dann in allgemeinen, freien, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlen abstimmen. Die AfD erkennt dieses Prinzip nicht an: Die Akteure sprechen in Bezug auf andere Parteien immer von „den Altparteien“, die Wähler werden als „Schlafschafe“ tituliert. Das hat mit einem Wettbewerb um Sachfragen nichts mehr zu tun, sondern ist eine ganz klar abwertende Propaganda.

Unsere Verfassung garantiert das Recht, seine Meinung in Wort und Schrift frei zu äußern und sich frei zu informieren, sie garantiert die Freiheit der Pressefreiheit, Rundfunkfreiheit und die Freiheit der Kunst. Die AfD wiederum erkennt dieses Prinzip nicht an: Die Akteure bezeichnen Zeitungen und Rundfunksender bei ihnen missliebiger Berichterstattung als staatlich gelenkte

„Lügenpresse“, sie bedrohen Journalisten. Die Verächtlichmachung von Presse und das Vertrauen in diese sukzessiv zu zerstören, ist ein gezielter Schritt zur Destabilisierung einer freien Gesellschaft.

Unsere Verfassung garantiert die Menschenwürde für alle Menschen. Akteure der AfD äußern immer wieder öffentlich, dass bestimmte Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Abstammung oder aufgrund ihrer Religion nicht integrierbar oder kriminell seien, insbesondere unterstellen sie eine „importierte sexualisierte Gewalt“. Damit verletzen sie die Menschenwürde der Betroffenen.

Darüber hinaus garantiert die Verfassung die freie Ausübung der Religion. Akteure der AfD behaupten immer wieder, dass bestimmte Religionen nicht nach Deutschland gehören, was wiederum eine Verletzung der Religionsfreiheit ist.

Unsere Verfassung garantiert das individuelle Recht auf Asyl. Akteure der AfD behaupten immer wieder pauschal, dass das Asylrecht eigentlich nur missbraucht werden würde, um aus wirtschaftlichen Gründen einzuwandern, und fordern daher pauschal die Abschiebung ohne Gerichtsverfahren. Dabei garantiert die Verfassung den individuellen Rechtsschutz vor ordentlichen Gerichten.

Unsere Verfassung garantiert die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Akteure der AfD behaupten, es gäbe zu viele Gleichstellungsprojekte und Frauen sollten sich auf „ihre natürliche Bestimmung“ konzentrieren, weil Deutschland ansonsten aussterben würde. Damit stellt sich die AfD aktiv gegen das Staatsziel der Gleichberechtigung.

Unsere Verfassung schreibt als Staatsziel die Verwirklichung eines vereinten Europas fest. Akteure der AfD bekämpfen dieses Ziel.

Anzeige

BESUCHEN SIE UNS AUF
www.demo-online.de

DEMO
VORWÄRTS-KOMMUNAL
■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

MEHR INFOS. MEHR HINTERGRÜNDE.

Mit Blickpunkt, Aktuelles, Kommunal-Blog, DEMO-Kommunalkongress, Reporte, u. v. m.

Unter dem Schlagwort „Ethnopluralismus“ fordern sie die Abgrenzung von angeblichen kulturell homogenen Staatsvölkern, die sich nicht vermischen sollten.

Nicht zuletzt verbietet unsere Verfassung, die Grundrechte in ihrem Wesensgehalt einzuschränken. Akteure der AfD fordern, dass bestimmte Grundrechte nur für Deutsche gelten sollten. Damit würde aber der Wesensgehalt der Grundrechte für Nicht-Deutsche eingeschränkt werden.

Alle diese Äußerungen verdichten das Bild, dass es sich bei der AfD nicht (mehr) um eine Partei handelt, die Sachfragen lösen will, sondern dass die Akteure dieser Partei einen vollkommen anderen Staat wollen: Einen völkischen Staat, in dem Freiheitsrechte nur für bestimmte Personen gelten, in dem der Rechtsschutz nur bestimmten Personen gewährt wird, in dem Vertreter anderer Parteien rechtlos gestellt werden sollen, in dem Presseberichterstattung, Kunst und Kultur politisch gesteuert werden. Dabei sind die Akteure nicht mehr an einer Sachdiskussion interessiert, sondern das Hauptaugenmerk liegt in der Verächtlichmachung anderer Parteien, Regierungen und demokratischer Strukturen: Die Arbeit der Akteure in den Parlamenten beschränkt sich meist auf das Einbringen von Schaufensteranträgen und das Vorbringen gezielter Provokationen, um der Anhängerschaft Raum zu geben für empörte Kommentare. Dabei wird von diesen Akteuren immer wieder das Bild von vermeintlichen „Eliten“ gebraucht, die gemeinsam mit den „Altparteien“ und der „Lügenpresse“ gegen die „wahren Interessen“ des Volkes agieren würden.

Wie also damit umgehen?

1. Ruhe bewahren. Die AfD funktioniert nur als Empörungsmaschine.
2. Die Provokationen ruhig und sachlich kontern. Die inhaltliche Tiefe der meisten AfD-Anträge ist sehr überschaubar.
3. Strafbare Äußerungen von AfD-Akteuren konsequent anzeigen. In sozialen Medien die Beiträge melden

und Trolle auf den eigenen Seiten konsequent blockieren.

4. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung immer wieder öffentlich kommunizieren. Die Akteure der AfD zitieren gerne unvollständig und aus dem Zusammenhang herausgerissen.

5. Augen auf bei Wahlen in unseren kommunalen Vertretungen oder



Inka Gossmann-Reetz zeigt auf, wie die rechte Propaganda funktioniert.

Foto: privat

Parlamenten. Wenn AfD-Akteure Mandate gewonnen haben, so können sie diese selbstverständlich frei ausüben. Aber es bedeutet eben nicht – wie von ihnen suggeriert wird – dass die anderen Mandatsträger die laut Geschäftsordnung den einzelnen Fraktionen zustehenden Sitze in Gremien auf Vorschlag der AfD besetzen müssen. Im Gegenteil: Es handelt sich immer um Personen, die das Vertrauen der anderen Mandatsträger erhalten müssen. Und wenn der Wahlvorschlag nicht vertrauenswürdig erscheint, dann sollte dieser auch nicht gewählt werden.

6. Konsequenzen ziehen: Wenn AfD-Akteure in Gremien die Arbeit der Gremien sabotieren, dann sollen und müssen sie abgewählt werden.

7. Das Umfeld im Blick haben: AfD-Akteure heuern trotz gegenteiliger

Beteuerungen immer wieder Mitarbeiter an, die ganz ausgewiesene Extremisten sind und als Verbindung in die verbündeten extremistischen Vereinigungen dienen. Dies darf und muss öffentlich benannt und angeprangert werden.

8. Lokale Aktivitäten wahrnehmen: Die „neuen Rechten“ suchen verstärkt den Anschluss an die Gesellschaft. Akteure engagieren sich in Elternvertretungen, in Sportvereinen,

bei den Feuerwehren und bei Bürgerinitiativen. Sie versuchen, dort gesellschaftlich Anerkennung zu erreichen, um ihre völkische Propaganda salonfähig zu machen. Gerade im kommunalen Bereich geben sie den „guten Nachbarn“, aber dies muss vor Ort enttarnt werden.

9. Zermürbungstaktiken erkennen und kontern: AfD-Akteure versuchen immer wieder, missliebige Personen aus der Zivilgesellschaft und Mandatsträger persönlich zu diffamieren und zu zermürben. Dazu wird die persönliche Integrität der Betroffenen in Frage gestellt, ihnen böse Absicht oder gar ein Plan zur „Abschaffung“ Deutschlands unterstellt. Diese Äußerungen können strafrechtlich relevant sein und sollten unbedingt zur Anzeige gebracht werden. Wichtig ist dabei, dass diese Strategien öffentlich gemacht werden, um die Betroffenen zu unterstützen und zu schützen.

10. Parlamente arbeitsfähig halten: Die neurechten Akteure torpedieren systematisch die Arbeit in den Parlamenten, indem immer wieder die gleichen Schaufensteranträge eingebracht werden oder AfD-Akteure die Behandlung missliebiger Anträge verhindern wollen. Hier empfiehlt sich eine Geschäftsordnung, die den ordnungsgemäßen Ablauf von Sitzungen und die parlamentarische Arbeit vor der Lähmung durch exzessive böswillige Anträge schützt. Denn mit der AfD ist eine neue Unkultur eingezogen, die wir bisher so nicht kannten: Es ist darum unsere Verantwortung, die parlamentarischen Abläufe mit neuen Regeln zu schützen, denn bisher haben sich alle Parteien an die traditionellen guten parlamentarischen Gepflogenheiten gehalten.

11. Ähnlich sieht es mit Anfragen an die Verwaltungen aus: Die Verwaltung soll durch unsinnige und polemische Anfragen lahmgelegt werden, daher empfiehlt sich eine grundsätzliche Prüfung, ob die entsprechende Verwaltung überhaupt für diesen Sachbereich zuständig ist.

12. Juristischen Rat einholen: Wir haben erfahren, dass die AfD gerne schnell mit Klagen droht, aber längst nicht so viele Prozesse gewinnt, wie sie behauptet. Die Drohung mit Klagen ist eine ganz klare Einschüchterungsstrategie, damit der politische Gegner aus Angst vor den Kosten einer Auseinandersetzung zurückschreckt.

Es ist Aufgabe aller Demokraten, sich von den Akteuren der AfD nicht einschüchtern zu lassen: Wir haben in Europa und in Deutschland, allen Unkenrufen zum Trotz, ein starkes und erfolgreiches Gemeinwesen. Wir leben – trotz allen Krisen – in einer der längsten friedlichen Epochen, die es jemals in Europa gegeben hat. Wir haben die Lehren aus der Vergangenheit gezogen und unsere Aufgabe ist es, denjenigen in den Arm zu fallen, die die Demokratie mit demokratischen Mitteln abschaffen wollen.

Dafür braucht es konsequenter Haltung, Mut und Anstand. Und das alles haben wir in unserer sozialdemokratischen DNA.

Die Klimakrise ist nicht verschwunden

Nationen, Länder und Kommunen sind aufgefordert, einen künftig klimaneutralen Alltag zu gewährleisten

Autor Sebastian Haase



Windräder in Ostprignitz-Ruppin

Foto: SGK Brandenburg

Mundschutz, R-Faktor, Kontaktsperre und Abstandsregelungen – seit Monaten befinden wir uns im Corona-Krisenmodus. Die Politik reagiert mit milliardenschweren Konjunkturpaketen und es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht in den Medien über das Coronavirus und seine Auswirkungen berichtet wird. Die Menschen sorgen sich: Übersteht meine Firma die Krise? Wie organisiere ich meinen Alltag, wenn Kitas und Schulen geschlossen sind? Wie kann ich meine Eltern, meine Großeltern vor dem Virus schützen?

Das Leben neben und nach der Krise

Diese Sorgen bestimmen heute unseren Alltag. Doch wir müssen darüber hinausdenken. Umfragen haben

ergeben, dass die deutliche Mehrheit der Deutschen befürchtet, dass die Klimakrise größere Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft haben wird als die Corona-Krise.

Nicht zu Unrecht. Der Alltag der Brandenburgerinnen und Brandenburger ist seit Jahren von extrem heißen Sommern, Überschwemmungen und dann wieder Dürren geprägt. Zu frisch sind die Erinnerungen an die verheerenden Waldbrände der Jahre 2018 und 2019. Diese Ereignisse sind Zeugen des Klimawandels. Unsere Erde hat Fieber, und damit verändert sich auch unser Leben. Ob wir wollen oder nicht. So manche Tier- oder Pflanzenarten, die wir noch aus unseren Kinderjahren kannten, suchen wir vergeblich.

Die Corona-Krise hat diese Entwicklungen ein Stückchen aus dem öffentlichen Fokus gerückt. Seit nunmehr einem halben Jahr wartet die Klimabewegung darauf, mit ihren Aktionen den Themen wieder zu mehr Beachtung zu verhelfen. Nahmen vor Monaten noch tausende Demonstranten an den Aktionen der Klimabewegung teil, gab es in den letzten Wochen leere Plätze. Das vergangene Schuljahr war nervenaufreibend und voller Unsicherheiten. Ich hätte mit den Schülerinnen und Schülern nicht tauschen wollen. Doch selbst in dieser schwierigen Situation versuchen sie den Neustart der Klimabewegung und lassen nicht locker. Welch ein Antrieb, Welch ein Engagement! Selbst der erhobene Zeigefinger mancher Politiker konnte sie nicht entmutigen.

Lassen wir sie jetzt nicht allein, sondern nehmen wir ihre Sorgen ernst und unterstützen sie. Denn die Klimakrise ist nicht verschwunden. Es wird keinen Impfstoff oder Lockdown geben, der das Fieber schnell senkt.

Kein „Weiter so“

Mit „Wumms“ will Deutschland aus der Krise kommen. Mit viel Geld stemmt sich die Politik gegen den Abbau von hunderttausenden Arbeitsplätzen. Sie nimmt Milliarden Euro in die Hand, um Industrie- und Wirtschaftsunternehmen zu helfen, gut durch die Krise zu kommen. Die Frage ist nur, bleibt dann noch genügend übrig für den Kampf gegen den Klimawandel? Denn eins ist doch sicher, das Geld kann nur einmal ausgegeben werden. Daher ist es so wichtig,

nicht wieder in alte Gewohnheiten zu verfallen. Ein „Weiter so“ können wir uns nicht leisten. Klimaschutz- und nachhaltiges Wirtschaften muss zusammen gedacht werden. Wir sollten zum Wohle unserer Kindeskiner in die Zukunft investieren und weniger versuchen den Status Quo wiederherzustellen. Innovative Technologien, die zugleich den Klimaschutz unterstützen, sind gefragter denn je. Heute wird viel und leidenschaftlich über die Stromerzeugung diskutiert. Dabei gehen die Meinungen weit auseinander. Aber bei dem Grundsätzlichen ist sich die deutliche Mehrheit der Deutschen sicher: Nur mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien wird es möglich sein, Klimaschutz und Wohlstand gemeinsam zu denken.

Klimaneutralität in den nächsten Jahren

International, national und nicht zuletzt regional wird viel unternommen, um die klimaschädlichen Treibhausgase zu verringern. Das Abkommen von Paris sieht bis 2030 eine deutliche Reduktion vor. Deutschland will 65 Prozent seines Stroms bis 2030 aus Erneuerbaren Energien beziehen, bis 2050 sogar einhundert Prozent. Hierfür gilt es die Weichen richtig zu stellen. Die Bundesregierung hat sich in ihrem Konjunkturpaket zur Bekämpfung der Corona-Folgen dazu entschlossen, keine Abwrackprämie für PKW mit Verbrennungsmotor aufzunehmen, sondern die Förderung beim Kauf eines E-Autos auszudehnen. Zudem will der Bund die EEG-Umlage entscheidend entlasten und hat eine nationale Wasserstoffstrategie finanziell untersetzt. Der Startschuss, auf den so viele Länder gewartet haben.

Energie von hier

Brandenburg stand schon lange in den Startlöchern und wartete nur auf ein Zeichen. Ein Zeichen, dass der Bund mit seiner Milliarden-Förderung für eine nationale Wasserstoffstrategie gegeben hat. Das Land Brandenburg, welches den Anspruch hat, Wasserstoff-Musterland zu werden, hat schnell reagiert. Bis zum Sommer 2021 will die Landesregierung eine eigene Wasserstoffstrategie vorlegen.

Eine Chance für den Start in die Wasserstoffwirtschaft sind die Er-

zeugungsanlagen der Erneuerbaren Energien, für die die Festvergütung nach dem EEG Ende 2020 ausläuft. Diese Kapazitäten sind frei und könnten direkt für die Erzeugung von grünem Wasserstoff genutzt werden. Denn nachhaltig ist diese Technologie nur, wenn der Wasserstoff aus regionalen Erneuerbaren Energien erzeugt wird und nicht von irgendwoher importiert wird. In den nächsten fünf Jahren sind das allein bei der Windenergie über 400 Megawatt pro Jahr. Um dieses Potential zu nutzen, müssten schnell die regulatorischen Bedingungen angepasst und unnötige Abgaben, die bisher noch auf die Erzeugung von Wasserstoff anfallen, abgeschafft werden.

Brandenburg würde bei seinem Ziel, regional produzierten Strom aus den Erneuerbaren Energien auch regional zu verwenden, einen riesigen Schritt nach vorn machen. Dabei muss es nicht ausschließlich um Strom gehen. Unter dem Motto „Nutzen statt Abregeln“ versorgt ein Windkraftprojektierer aus der Uckermark eine kleine Ortschaft in der Nachbarschaft mit Wärme aus Windkraftspitzen. Das Unternehmen hat dafür ein Nahwärmenetz mit Wärmespeicher für insgesamt 35 Haushalte in Betrieb genommen.

Die Mär vom Strom aus der Steckdose

Klimaschutz ist schon lange nicht mehr „Nice to have“, sondern eine Notwendigkeit. Das wollen nicht alle wahrhaben, davon zeugen nicht zuletzt manche Reden, Pressemitteilungen und Stammtischgespräche. Es lässt sich gut beobachten, wie immer wieder versucht wird Klimaschutz, Naturschutz und Artenschutz irgendwie und mit den krudesten Behauptungen gegeneinander auszuspielen.

Dabei ist es doch sonnenklar – Klimaschutz und Naturschutz müssen zusammengedacht werden. Wenn weiterhin der Ausbau der Erneuerbaren Energien wegen dem Schutz einzelner Vögel so großflächig scheitert wie jetzt, dann brauchen wir uns in einigen Jahren nicht zu wundern, wenn es in unseren vertrockneten Landstrichen weder diesen einzelnen Vogel noch seine Artgenossen gibt. Diese Debatte muss geführt werden.

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechts-extremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“

Schirmherrin Ute Vogt

Weitere Informationen im Netz:
www.bnr.de

Energieversorgung, auch die klimaneutralste, ist immer mit einem Eingriff in die regionale Umwelt verbunden. Das wird auch in Zukunft so sein, wenn wir der Mär des Stroms aus der Steckdose nicht erliegen wollen.

Nationen, Länder und Kommunen sind aufgefordert einen klimaneutralen Alltag zukünftig zu gewährleisten. Ideen sind gefragt und ja, auch Solidarität. Die Bundespräsidenten Deutschlands und Österreichs sowie die Bundespräsidentin der Schweiz haben es erst kürzlich in einem gemeinsamen Beitrag trefflich beschrieben.

In der Corona-Krise haben insbesondere junge Menschen Solidarität gezeigt, um die Eltern, Großeltern, um ältere Menschen zu schützen. In der Klimapolitik ist jetzt genau Umgekehrtes gefordert: Die Älteren müssen Solidarität mit den Jüngeren zeigen, indem sie ihnen einen lebenswerten Planeten hinterlassen. Denn nicht ich oder Du, liebe Leserin oder Leser, werden die Folgen des Klimawandels deutlich zu spüren bekommen. Es ist mein Neffe und sind meine Nichten, es sind unsere Kinder und Enkel, die mit einem fiebrigen Planeten und den damit einhergehenden Veränderungen leben müssen. Daran sollten wir uns erinnern, wenn es mal wieder heißt – „Wir tun doch wohl genug, es reicht. Jetzt sind mal die anderen dran.“

Beim Blick nach vorn zählen ausreichend Mut, unbedingter Wille und volle Begeisterungsfähigkeit. Wir brauchen jetzt eine Idee, mit der eine Richtung vorgeben wird, die die Menschen mitgehen wollen und die Wirtschaft mitgehen kann. Aus Tappschritten und Stillstand muss zuvorderst ein Sprint werden, der im Marathon endet.

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Brandenburg e.V.,
Alleestraße 9, 14469 Potsdam

Redaktion: Rachil Ruth Rowald,
Geschäftsführerin, V.i.S.d.P.
Telefon: (0331) 73 09 82 01

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Liebe Mitglieder der SGK Brandenburg,

die Digitalisierung öffnet neue Wege, Nachrichten
und Informationen zu transportieren!

Das eröffnet auch für die DEMO, das Magazin für sozialdemokratische
Kommunalpolitikerinnen und -politiker sowie alle Interessierten,
ganz neue Möglichkeiten:

Die DEMO wird jetzt auch digital!

Ab der **Ausgabe 09-10/2020** besteht nun die Möglichkeit
die **DEMO als E-Paper** zu erhalten.

Das bringt eine Menge Vorteile mit sich:

- Es ist schneller: E-Paper-Abonnenten erfahren Neuigkeiten und Berichte aus der kommunalen Familie künftig deutlich früher, da die Zustellzeiten wegfallen.
- Es ist direkt: Das E-Paper lässt sich ohne Umwege überall mobil bequem lesen.
- Und es ist nachhaltig: Mit dem digitalen Abonnement lässt sich eine Menge Papier sparen. So wird die Umwelt geschont.

Anmeldungen sind über unsere Geschäftsstelle möglich:

- per E-Mail an info@sgk-potsdam.de
- telefonisch unter 0331 / 730 98 200 oder
- per Fax 0331 / 730 98 202

Sobald eine neue Ausgabe verfügbar ist, werden die Abonnentinnen und Abonnenten des DEMO-E-Papers stets per E-Mail informiert. So verpasst niemand das aktuelle Heft.

Viele Grüße
Eure Rachil Rowald